

Auszug aus der Niederschrift

zur Sitzung des Rates der Stadt Hagen vom 21.05.2026

Öffentlicher Teil

TOP 6.2.2.

Verabschiedung des Doppelhaushalts 2026/2027 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes unter Berücksichtigung der Veränderungen aus der 1. Veränderungsliste und 2. Veränderungsliste

0362/2026-2

Entscheidung

ungeändert beschloss

Herr Oberbürgermeister Rehbein kündigt die folgenden Haushaltsreden der jeweiligen Ratsfraktionen und -gruppen an:

Haushaltsrede der Ratsfraktion CDU durch Herrn Klepper

Haushaltsrede der Ratsfraktion AfD durch Herrn Eiche

Haushaltsrede der Ratsfraktion SPD durch Herrn Rudel

Haushaltsrede der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen durch Herrn Fritzsche

Haushaltsrede der Ratsfraktion HAK durch Herrn Akbaba

Haushaltsrede der Ratsfraktion BfHo/Die PARTEI durch Herrn Schmidt

Haushaltsrede der Ratsfraktion FDP durch Frau Graf

Haushaltsrede der Ratsgruppe Die Linke durch Herrn Hentschel

Haushaltsrede der Ratsgruppe Hagen Aktiv durch Herrn Dr. Bückner

Haushaltsrede der Ratsgruppe BSW durch Herrn Krippner.

Anmerkung der Schriftführung

Diese Reden sind dem Anhang zu entnehmen.

Herr Oberbürgermeister Rehbein bedankt sich für die Reden. Er beobachtet, dass das Personal ein großes Thema für die Ratsmitglieder ist und bietet an, in den entsprechenden Ausschüssen dieses Thema zu vertiefen.

Herr Reinke merkt an, dass in der 2. Veränderungsliste lediglich die Umsetzung des Beschlusses bezüglich der fünf Einrichtungen der Jugendhilfe in 2027 aufgeführt ist, nicht in 2026.

Herr Maßmann erklärt, dass in 2026 der Betrag auf Vorschlag des zuständigen Fachbereichs aus dem vorhandenen Budget kompensiert wird.

Herr Oberbürgermeister Rehbein stellt klar, dass der Betrag gezahlt wird und an anderer Stelle eingespart wird, sodass dies in dieser Liste nicht aufgeführt werden muss.

Frau Graf spricht die Rücknahme der Kürzung der Verhütungsmittelkosten in Höhe von 15.000€ an. Hier sollten ihrer Auffassung nach 30.000€ stehen.

Herr Maßmann stellt klar, dass es sich hier lediglich um die Kürzung handelt, welche zurückgenommen wird. Es stehen also entsprechend des Beschlusses weiterhin 30.000€ zur Verfügung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 mit ihren Anlagen, sowie das Haushaltssicherungskonzept unter Berücksichtigung der Verände-

rungen aus der 1. und 2. Veränderungsliste.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	14		
AfD		12	
SPD	11		
Bündnis 90/Die Grünen	4		
HAK	3		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	2		
Die Linke		2	
FDP	3		
Hagen Aktiv	2		
BSW	2		

☒ Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 42
Dagegen: 14
Enthaltungen: 0

- Anlage 1 Haushaltsrede der Ratsfraktion CDU Anlage 1
- Anlage 2 Haushaltsrede der Ratsfraktion AfD Anlage 2
- Anlage 3 Haushaltsrede der Ratsfraktion SPD Anlage 3
- Anlage 4 Haushaltsrede der Ratsfraktion Bündnis 90-Die Grünen Anlage 4
- Anlage 5 Haushaltsrede der Ratsfraktion HAK Anlage 5
- Anlage 6 Haushaltsrede der Ratsfraktion BfHo- Die PARTEI Anlage 6
- Anlage 7 Haushaltsrede der Ratsfraktion FDP Anlage 7
- Anlage 8 Haushaltsrede der Ratsgruppe Die Linke Anlage 8
- Anlage 9 Haushaltsrede der Ratsgruppe Hagen Aktiv Anlage 9
- Anlage 10 Haushaltsrede der Ratsgruppe BSW Anlage 10

„Politik braucht
Gespür für das
Machbare,
auch für das dem ande-
ren Zumutbare.“

Rede zum Haushaltsplanentwurf 2026/2027
für die Stadt Hagen

zur Sitzung des Rates am 21. Mai 2026

Presse-Exemplar

von

Jörg Klepper
Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion Hagen

Sperrfrist: Bis zum Ende der Rede
Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in Zeiten, in denen das Hemd besonderes eng wird, muss jede Naht sitzen, muss die Körperform stimmen, darf kein Knopf wackeln.

Oder: Um die weisen Worte von Altbundeskanzler Helmut Kohl zu bemühen:

**„Politik braucht Gespür für das Machbare,
auch für das dem anderen Zumutbare.“**

Trotz Krisen und Kostensteigerungen in vielen Bereichen haben unsere Konfektionäre aus

- Oberbürgermeister Dennis Rehbein,
- Hagens Stadtkämmerer Bernd Maßmann,
- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- der Hagener Stadtkämmerei
- sowie der Fachbereiche

mit dem Haushaltsplanentwurf vom Februar 2026 die beinahe perfekte Hemden-Passform entwickelt.

Sie haben einen Kompromiss aus Einsparnotwendigkeit und sozialer Gerechtigkeit geschneidert, den die Ausschüsse parteiübergreifend nur minimal verändert haben.

Der Haushalt ist groß genug für alle Investitionen und sozialen Ziele. Gleichzeitig ist er mit dem Haushaltsausgleich 2034 schlank genug für eine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht. Allerdings ist es ein Haushalt ohne Puffer, ein Hemd, das eben auf Kante genäht ist.

Denn: Wie vielen Kommunen in NRW und Deutschland blicken wir auf steigende Sozialausgaben, hohe Tarifabschlüsse, gestiegene Energie- und Baukosten, zusätzliche gesetzliche Aufgaben, eine schwache konjunkturelle Entwicklung und eine Finanzausstattung, die mit den übertragenen Aufgaben nicht Schritt hält.

Die heute von der Verwaltung vorgelegte Haushaltssatzung trägt all dem Rechnung – und berücksichtigt das politisch Machbare. Herzlichen Dank dafür!

Die demokratischen Fraktionen und Gruppen im Rat haben mit Sachverstand und guten Argumenten gemeinsam nach Lösungen gerungen und machen heute eine deutliche Mehrheit für diesen Haushalt möglich! Sie übernehmen mehrheitlich Verantwortung! Respekt davor!

Die Menschen in Hagen wünschen sich genau das: Einen soliden Konsens trotz aller Unterschiede unter uns. Wir liefern! Unsere Demokratie vor Ort ist quicklebendig!

Der genehmigungsfähige Haushalt ist die Grundvoraussetzung für die reibungslose Arbeit von Verwaltung und Rat. Ansonsten müssten wir uns mit vielen aufwendigen Einzelgenehmigungen bei der Kommunalaufsicht in Arnsberg durch die Jahre bis 2028 quälen.

Niemand kann das wollen!

Sinnvolle Strukturen erhalten

Niemand kann aber auch wollen, dass fünf Einrichtungen,

- das Jugendcafé Kabel,
- das Jugendforum Halden,
- das Jugendcafé Real,
- das Projekt East-West-East und
- das Angebot von Wildwasser

in ihrer Substanz gefährdet werden.

Sie sind wichtige Anlaufpunkte für Jugendliche, die heute – im Zeitalter nur vordergründig „sozialer“ Medien und mannigfaltiger Unsicherheiten und Versuchungen – mehr denn je nach Orientierung suchen.

Wir folgen zwar den systematischen Argumenten der Verwaltung, wonach diese Projekte streng genommen nicht in den Kinder- und Jugendförderplan gehören. Gleichwohl nehmen wir die Streichung von Mitteln zurück und sichern die Zuschussempfänger – wie im Kinder- und Jugendförderplan – für weitere fünf Jahre. Damit diese Angebote auch eine langfristige finanzielle Perspektive bekommen, erhöhen wir in dieser Zeit die bisherigen Förderungen jährlich um drei Prozent. Das kommt Jugendlichen in allen Stadtbezirken zugute!

Mit der Ersten Ergänzungsliste der Verwaltung und den letzten Ergänzungen vor dem Haupt- und Finanzausschuss am 7. Mai wurden diese und andere Probleme wie beispielsweise die Sanierung der Rundturnhalle Elsey gelöst.

Nun ist das Werk rund – und ein gutes Arbeitsprogramm für dieses und das kommende Jahr.

Viel Licht also!

Licht und Schatten

Aber: Wo es Licht gibt, gibt es auch Schatten.

Ein Manko dieses Doppelhaushaltes will ich nicht verschweigen: Hagens Schuldenberg wächst – nach Jahren erfolgreichen Schuldenabbaus – wieder rasant:

In diesem Jahr werden Gesamterträge in Höhe von rund 1,004 Milliarden Euro Gesamtaufwendungen in Höhe von rund 1,075 Milliarden Euro gegenüberstehen. Das macht 72 Millionen Euro „Miese“. Im Jahr 2027 sollen dann fast 86 Millionen Euro mehr Ausgaben als Einnahmen folgen. Das wären 158 Millionen Euro neue Schulden in zwei Jahren.

Die Probleme sind altbekannt: Noch immer bittet uns der Bund mit Sozialleistungs- und anderen Standards deutlich mehr zur Kasse, als er dafür bezahlt. Das beeinträchtigt unsere Finanzsituation erheblich.

Hier müssen wir weiter erhebliche Überzeugungsarbeit in Berlin leisten. Der Bund muss seine Zahlungsverpflichtungen endlich auskömmlich bedienen. Sonst sind die vorbildlichen Bemühungen der NRW-Landesregierung zur Entschuldung Hagens auf Dauer zum Scheitern verurteilt.

Das kann und darf so nicht weitergehen! Dafür werden wir uns in den kommenden Monaten auf allen politischen Ebenen weiter engagieren.

Hagens Beitrag

Aber auch wir müssen unsere eigenen Hausaufgaben machen. Die knapp mehr als eine Milliarde Euro, die wir pro Jahr ausgeben, muss wirkungsoptimiert werden. Will sagen: Jeder Euro muss so viel Wirkung wie möglich entfalten! Diese Wirkung muss strategisch in eine Richtung gehen – hin zu einer wirtschaftlich starken und sozial gerechten Stadt!

Dazu müssen wir ...

- ... den rasanten Aufwuchs der Personalkosten aus den Entscheidungen der letzten Wahlperiode eindämmen.

Die Wiederbesetzungssperre von acht Monaten im Haushaltssicherungskonzept verschafft uns kurzfristig Aufschub. Doch sie ersetzt kein nachhaltiges Aufgaben- und Personalmanagement. Hier erwarten wir Eigeninitiativen der Verwaltung.

- ... eine aufgabenkritische Betrachtung anstoßen, wie wir sie zuletzt vor 25 Jahren durchgeführt haben.

Der Verwaltung hat in den vergangenen 11 Jahren nicht versucht, Aufgaben und Personal aufgabenscharf anzupassen. Einmal Angefangenes wurde kritiklos weitergeführt.

Hagen braucht deshalb ein Team, das wieder bis in die Tiefe einzelner Aufgaben vorstößt und sie nach strategischer Relevanz untersucht. Ein fairer Vergleich mit anderen Kommunen muss zeigen, wo Hagen an der Spitze der Leistungsfähigkeit liegt – oder möglicherweise eher im hinteren Drittel.

- ... uns als Rat für den nächsten Haushalt 2028/2029, den wir bereits ab Herbst 2027 beraten werden, deutlich besser aufstellen.

Aus der Beratung dieses Haushalts mit vielen neuen Ratsmitgliedern werden wir die entsprechenden Lehren ziehen, um für den kommenden Haushalt noch besser vorbereitet zu sein.

Resümee:

Meine Damen und Herren!

Dieser Haushalt ist ein guter Anfang von Verwaltung und Rat!

Dieser Haushalt ist ein verlässliches Signal an die Kommunalaufsicht!

Dieser Haushalt beweist – ganz im Sinne Helmut Kohls – das Gespür für das Machbare!

Aber: Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt.

Mit den neun Anträgen der CDU/SPD-Koalition zu Beginn der Sitzung senden wir eine klare Botschaft in die Verwaltung:

- Wir wollen mit dem Geld die größtmögliche strategische Wirkung entfalten.
- Wir wollen den Haushalt 2028/2029 strategisch neu ausrichten, Ziele definieren und konkrete Maßnahmen daraus ableiten und die Grenze des berechtigt Zumutbaren neu ausloten.

Unser Ziel ist eine wirtschaftlich erfolgreiche und sozial nachhaltig gerechte Stadt!

Das nächste Hemd muss also deutlich figurbetonter werden – in Richtung „Slim fit“.

- Dazu kämpfen wir im Bund weiter für die Entschuldung und korrekte Kostenübernahme aller Lasten.
- Dazu lösen wir uns von Aufgaben und Stellen, die Hagen nicht weiterbringen.
- Dazu wollen wir notwendige Aufgaben durch motiviertes Personal und klugen IT-Einsatz vereinfachen, und beschleunigen.

Oberbürgermeister Dennis Rehbein unterstützen wir ausdrücklich auf diesem Weg mit dem Slogan von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann

„Einfach mal machen!“

oder bayerisch kurz:

Pack ma´s!

Vielen Dank!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Als ich in der Neujahrsnacht von einer Anhöhe über unsere schöne Stadt blickte, da war ich zwiegespalten.

Einerseits sah ich berührt die zahllosen Silvesterraketen am Himmel, andererseits wurde mir bewusst, welche Schwierigkeiten dieses neue Jahr für uns bringen würde.

Die Ausgaben steigen seit Jahren schneller als die Einnahmen. Das liegt vor allem an den rasant steigenden Sozialausgaben, die wir angeblich gar nicht beeinflussen können. Das wird zumindest immer behauptet.

Aber ist das wirklich so? Es ist unredlich, wenn es sich Ratsmitglieder so einfach machen, obwohl sie Mitglied in einer an den verschiedenen Regierungen beteiligten Parteien sind.

Wir reden hier nicht über unabwendbare Einflüsse, wir müssen über einen Kurs reden, der die Stadt mit Ansage über Jahre in eine finanzielle Schieflage geführt hat durch falsche Prioritäten.

Sie kennen wohl alle Loriots Ödipussy. Da sagt beim Tee der pensionierte Beamte zu Herrn Winkelmann:

„Ich hatte Herrn Regierungsdirektor Gröbe im Herbst 77 eigentlich schon ganz auf meiner Seite. Aber Sie wissen ja, wie das ist! Da bauen sie stattdessen ein Kulturzentrum und uns steht die Schiette bis zum Halse.“

Besser kann man falsche Prioritätensetzungen nicht auf den Punkt bringen.

Steigende Sozialausgaben, steigende Bürokratie, steigende Personalstände sind nicht bekämpft, sondern befeuert worden.

Wer ist denn dem sogenannten „sicheren Hafen“ beigetreten, wer hat denn nach mehr Flüchtlingszuweisungen geschrien, wer hat denn den Klimanotstand ausgerufen?

Jede Kritik der AfD wurde moralisch abgeräumt, anstatt sie sachlich zu diskutieren, während sich teure Programme, Maßnahmen und Verwaltungsstrukturen um Betreuung, Begleitung und Integration kümmern.

Das verursacht zusätzliche Transferkosten, zusätzliche Personalkosten, zusätzliche Verwaltung, zusätzliche Beschäftigungswelten für Sozialarbeiter und Integrationshelfer.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht nur Unterstützung, sondern auch Fairness gegenüber jenen, die arbeiten und das System tragen.

Asyl ist kein Daueraufenthaltsrecht. So steht es im Gesetz. Doch wenn die AfD das anspricht, wird sie als rechtsradikal oder gar rassistisch diffamiert nach dem Motto „haltet den Dieb“.

Wenn aber, wie heute in der WP zu lesen ist, die FDP eine härtere Gangart gegen Sozialmissbrauch durch EU-Zuwanderer fordert, dann ist das plötzlich eine berechtigte Forderung.

Ich sage Ihnen, es ist kein Geld mehr da für weitere Klimaprojekte, weitere Radkonzepte, weitere ideologische Zusatzstrukturen und weitere Wohlfühlprogramme, denn das alles hat mit der Daseinsvorsorge nichts zu tun. Gleichzeitig zerbröselt unsere Stadt.

Die AfD ist an keiner Regierung beteiligt. Noch nicht!
(Und Zwischenrufe, wie „das wird auch so bleiben, oder das sei auch gut so“ zeigen mir nur, wie weit der Realitätsverlust in der Politik fortgeschritten ist.)

Nach dem Demokratieprinzip nehmen die Einwohner Hagens über uns gewählte Volksvertreter Einfluss auf die Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge, was von Ihnen hier im Rat regelmäßig verweigert wird.

Seit Jahren fordere ich Sie auf, den Druck an ihre Parteien nach oben zu reichen. Seit Jahren warnen wir hier im Rat vor ideologischen Auswüchsen. Aber es ging immer weiter so.

Wir müssen endlich ideologische Wunschprojekte und klimapolitische Maßnahmen im Baubereich beenden und Stellenwildwuchs für solche Projekte stoppen.

Zuerst schafft man sich die Kosten und beklagt sich anschließend über die Folgen.

Der richtige Ansatz für Einsparung ist dort, wo ideologische Politik den Haushalt aufgebläht hat.

Die Sozialausgaben steigen jedes Jahr im zweistelligen Prozentbereich.

Verheerend auch für Hagen:

Knapp 44 Millionen Euro sollte das zusätzliche Minus im letzten Jahr im Stadtsäckel betragen. Nun zeichnet sich ab, dass es um ca. 30 Millionen Euro überschritten wird.

So werden wir schon bald wieder bei einer Milliarde Euro Liquiditätskredite ankommen plus weiterer 45 Millionen Investitionskredite.

Und was sich jetzt für den Doppelhaushalt 26/27 abzeichnet, sind durchschnittlich geschätzte weitere Defizite von 150 Millionen per Anno, wenn das überhaupt reicht.

Was die Kommunalaufsicht dazu sagen wird, dürfte allen klar sein.

Wenn immer wieder davon fabuliert wird, man müsse bei den Einsparungen aber aufpassen, dass die Stadt nicht im Grundsätzlichen leidet oder gar sichtbar runterkommt, dann empfehle ich:

Gehen Sie mit offenen Augen durch die Stadt und sehen Sie selbst. Wir sind bereits erheblich runtergekommen im Stadtbild.

So lange der Bund und das Land die Kosten nicht erstatten, die diese mit ihren immer neuen sozialen Gesetzen und Wohltaten beschließen, so lange rutschen wir hier in Hagen wie auf einer schrägen Eisplatte langsam aber stetig in Richtung Abgrund.

Und ich habe es ehrlich gesagt satt, ständig bei jeder Haushaltsrede den Finger in die Wunde zu legen, während man eifrig kleine Pflaster verteilt.

Alle Warnungen der AfD zum Schuldenstand in Hagen sind eingetreten. Dabei haben wir insbesondere immer davor gewarnt, viele kleine und neue freiwillige Ausgaben zu schaffen:

Seit Jahren weise ich hier darauf hin, dass Infrastrukturverfall gepaart mit dem Verlust der Lebensqualität die Bürger mürbe und politikverdrossen macht.

Diese Ansicht teilt offenbar auch die WP.
Nur ihre Schlussfolgerung ist falsch:

Nämlich, dass diese Verdrossenheit die Bürger in die Arme politischer Extremisten und Heilsversprecher treiben würde.

Die AfD ist kein Heilsversprecher, sie benennt die Probleme und zeigt die Lösung auf, die dann abgelehnt werden und nach einer kurzen Schamfrist als eigene Idee von den Brandmauerexperten in geschrumpfter Form mit den Worten „wir müssten mal“ vorgetragen, aber nicht umgesetzt werden.

Die Altschuldenhilfe des Landes ist durchaus willkommen, wenn auch der Bund noch in der Deckung bleibt, aber sie löst nicht unser Grundproblem.

Die Zuweisungen im Gemeindefinanzausgleich sind zu niedrig und müssen endlich wieder auf mindestens 28 % angehoben werden.

Ich zitiere unseren Kämmerer:

„Es ist illusorisch anzunehmen, wir könnten vor Ort die Lücken stopfen, die durch strukturelle Unterfinanzierung entstehen.“

Dem pflichte ich bei, gehe aber noch weiter und appelliere ein weiteres Mal an alle hier im Saal, den Druck an Ihre Vertreter im Land und Bund weiterzugeben.

Das wäre der erste Schritt. Der zweite kommt, wenn die AfD regiert.

Dann nämlich werden die Ausgaben zurückgefahren und endlich die Ursachen für die überbordenden Sozialausgaben bekämpft. Bis dahin sind Schuldzuweisungen an die AfD sowieso nur ein Ablenkungsmanöver.

Lügen nehmen eben den Aufzug, aber die Wahrheit nimmt die Treppe.

Für die heutige Haushaltsrede brauche ich daher auch nicht viel Zeit, denn die Analyse des Problems ist unterkomplex. Ich fasse zusammen:

1. Machen Sie empfindlichen Druck auf Ihre Abgeordneten und sonstigen Parteifreunde in den Regierungen und fordern Sie jetzt vom Bund den zweiten Teil der Entschuldung.
2. Machen Sie empfindlichen Druck und fordern Sie jetzt vom Bund eine deutliche Erhöhung des Gemeindefinanzausgleichs. Machen Sie es, wie Trump: Stellen Sie eine Maximalforderung. Und wenn dann 28% dabei rausspringen haben beide Seiten gewonnen. So funktioniert übrigens ein Deal.
3. Machen Sie den Wählern hier vor Ort klar, dass Wahlgeschenke im Rahmen von freiwilligen Leistungen nicht mehr drin sind, anstatt nun wieder alle Sparvorschläge der AfD und der Kämmerei nach und nach abzuräumen.
4. Bewegen Sie Ihre Parteien in den Regierungen endlich dazu, die Grenzen für illegale Zuwanderung zu schließen.
5. Beenden Sie alle freiwilligen ideologischen Projekte im Bereich Klima, Radwege und Integrationsbegleitungen.

Die AfD hat Sparvorschläge gemacht von mindestens 3 Mio. Euro. Und da sind unsere Pauschalkürzungen noch nicht eingerechnet. Umsetzen wollen Sie nichts davon.

Sehen Sie bitte ein, dass unser größtes Problem die immer schneller steigenden Sozialausgaben durch illegale Massenzuwanderungen sind.

Ich weiß, dass viele hier im Saal das auch so sehen. Haben Sie den Mut, das auszusprechen. Ansonsten wird Ihr Name in der Geschichtsschreibung in schlechter Erinnerung bleiben.

Wir entscheiden, ob Menschen sich in Hagen wohlfühlen oder hier nur ihre Adresse haben, ob Hagen blüht oder verwelkt.

Eine konservative und rechte Kommunalpolitik kennt diesen Schatz und behandelt ihn so.

Wer seine Heimat liebt und Hagen als Erbe begreift, der bewahrt sie nicht nur, sondern er gestaltet sie mit Bedacht und Weitsicht.

Das können wir jedenfalls im nun vorgelegten Haushaltsplan nicht erkennen und lehnen diesen daher ab.

Ich schließe wie immer mit einem Zitat:

„Hüte dich vor kleinen Ausgaben; ein kleines Leck kann ein großes Schiff versenken.“ *Benjamin Franklin*.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

9:00 Min. (21.5.26)

Michael Eiche



Haushaltsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Claus Rudel zum Doppelhaushalt 2026/2027

Liebe Hagenerinnen und Hagener,
dies ist auch Ihr Haushalt und genau deswegen begrüße ich
Sie an erster Stelle

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rehbein,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute steige ich gleich mit einer Maximalforderung meiner
SPD-Ratsfraktion ein:

Die Zeit des Zauderns und Zögerns muss endlich vorbei
sein.

Mit anderen Worten: Lasst uns gemeinsam anpacken!



Und ich werde hier und heute an diesem Mikrofon auch nicht klagen über einen erneut viel zu eng gestrickten Haushalt,
über zu wenig Geld in der Stadtkasse und die damit eingeschränkten Handlungsspielräume für die Entwicklung unserer Stadt.

Die Finanznot Hagens haben wir, wie viele andere Kommunen landauf und landab auch, in den vergangenen Jahren immer wieder und in alle Himmelsrichtungen proklamiert – genützt hat es kaum.

Die Forderung, die Finanzierung unserer Städte und Gemeinden endlich auf eine neues, auf ein sicheres und auskömmliches Fundament zu stellen, verhallt nach wie vor in Land und Bund.

Wir alle,
dieser Rat,
unsere Verwaltung,
diese Stadt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern,

wir alle müssen daher gemeinsam das Heft des Handelns in die Hand nehmen, um unser Lebensumfeld zu verbessern und unsere Stadt zu verschönern.

Nicht umsonst haben wir, die Fraktionen von SPD und CDU, diese drei Worte über unseren Koalitionsvertrag geschrieben: „Mut zum Aufbruch“

Ergänzt durch die Einladung an alle hier im Saal und darüber hinaus an alle Hagenerinnen und Hagener, die da lautet: „Gemeinsam Hagen gestalten“.

Und es gibt sie ja bereits, die vielen Initiativen zu den verschiedensten Themen, die uns das Leben in Hagen verschönern und verbessern.

Ob in der Gastronomie oder in der Kultur und im Bildungsbereich, in der Kunst oder im Sport.

Unsere Einzelhändler und Gewerbetreibenden stemmen sich gemeinsam mit SIHK und dem Handwerk in vielen

Aktionen gegen einen schleichenden Attraktivitätsverlust in der Innenstadt und in den Bezirken.

Arbeitgeber und Gewerkschaften kämpfen darum, dass Betriebe und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Kreativität und der Mut und der Wille zum Anpacken sind überall zu spüren.

Diesen Gestaltungswillen müssen wir sehen, wir müssen ihn fördern und so weit unterstützen, wie es uns möglich ist.

Insbesondere bei der Jugend. Die Verwaltung wollte dem Sparzwang folgend einige Jugendeinrichtungen nicht mehr bezuschussen. Wir haben das sichere „Aus“ für Jugendtreffs und Hilfsangebote hier gemeinsam abgewendet, und das nicht nur in diesem Haushalt.

Schlecht geredet und vor allen Dingen schlecht ge- und beschrieben wird in Hagen reichlich. Aber müssen wir immer nur die negativen Dinge in den Vordergrund stellen? Sollten wir nicht auch mal Erfolge feiern, auch wenn sie

klein sind und noch nicht den großen Durchbruch bedeuten?

Ich will hier niemandem die rosa-rote Brille aufsetzen. Denn zugegeben, es steht nicht alles zum Besten in unserer Stadt. Und ja, ein erhoffter Geldsegen bleibt auch weiterhin aus.

Wir müssen wie bisher konsolidieren und wir müssen auch 2026 und 2027 mit den Beträgen auskommen, die der Kämmerer uns in dem kargen Doppelhaushalt zugesteht. Die Haushaltssicherung ist oberstes Gebot.

Sei es drum! Wir brechen trotzdem auf, und zwar mit dem, was wir haben: Mit Mut, Solidarität und Gemeinschaftssinn.

Wir werden nicht alles schaffen können und müsse daher Prioritäten setzen:

Wir werden unsere Gebäude, unsere Straßen und Brücken sanieren.

Wir planen neue Schulen und bauen Kindergärten

Wir setzen auf Bildung, Integration und ein Miteinander in der Stadtgesellschaft

Wir werden dem Bahnhofsumfeld und Teilen von Altenhagen mit Hilfe des Hagen-Pakts ein neues, freundliches Gesicht geben und Wohnqualität schaffen.

Dazu gehört auch ein integriertes Sicherheitskonzept.

Wir werden die Stadt sauberer und sicherer machen

Wir richten im ehemaligen Einwohnermeldeamt im Rathaus eine neue Stadtwache ein und schicken verstärkt Sicherheitspersonal auf die Straßen

Wir werden durchgängige Radwege bauen

Wir werden Sportvereine bei der Sanierung ihrer Anlagen unterstützen...

Ich könnte die Liste der Aufgaben hier noch fortsetzen.

Die ersten Anträge sind geschrieben und gehen jetzt in die Fachausschüsse. Dort wartet eine Menge Arbeit auf uns.

Parallel dazu haben wir trotz des engen Haushaltsbudgets entschieden, ein Infrastrukturdezernat einzurichten. Das ist nur folgerichtig, denn der Schwerpunkt muss in den kommenden Jahren auf der Sanierung und Pflege unserer Schulen und städtischen Gebäude, auf dem Neubau maroder Brücken und auf der Instandsetzung unserer bröselnden Straßen und Wege liegen.

Ich weiß, dass ich auch hier im Rat in einige zweifelnde Gesichter schaue und dass es natürlich in der Bürgerschaft Stimmen geben wird, die in der Maßnahme eher zu viel Personal und damit Geldverschwendung sehen.

Angestachelt von Äußerungen des Kämmerers bei der Haushaltseinbringung, der zumindest für sich einen kräftigen Aderlass bei den Beschäftigten als besonders

wirkungsvolle Sparmaßnahme ausgemacht hat. Gefolgt von Sensationsberichten über ein „aufgeblähtes Rathaus“.

Sie können sich sicher vorstellen, lieber Herr Maßmann, dass ihr Vorschlag und die unreflektierte Präsentation mir und meiner SPD-Fraktion mehr als missfallen haben. Zumal die Faktenlage, die uns ihr Personalchef kürzlich eingehend erläuterte, eine andere Wahrheit spricht.

Wir brauchen im Rathaus jeden Kopf und jede Hand, wenn wir unsere vielen Baustellen endlich angehen und zu einem guten Abschluss führen wollen. Das bedeutet aber nicht, dass einfach alles beim Alten bleibt, insgesamt müssen die Strukturen im Rathaus und der Verwaltung angegangen werden. Dies werden wir konstruktiv als Koalitionäre begleiten und den eingeschlagenen Kurs von Oberbürgermeister Rehbein maximal unterstützen.

Ein wesentlicher Baustein dazu:

Wir brauchen dieses koordinierende Infrastrukturdezernat, wenn wir den substanziellen Niedergang unsers städtischen Vermögens verhindern und einen Verkehrskollaps

vermeiden wollen. Ich bin überzeugt davon, dass sich diese Investition für uns alle auszahlen wird.

Ich will gar nicht verhehlen, dass auch wir allen Mut zusammennehmen mussten, bevor wir die Forderung nach einem weiteren Dezernat in finanziell schweren Zeiten formuliert und unterstützt haben.

Letztlich haben aber zwei Erkenntnisse zu dieser Entscheidung geführt:

1.

Wir müssen mit Blick auf unsere Infrastruktur endlich **vor** die Problemlage kommen und nicht, wie beim Cuno-Kolleg und der Ebene 2 so lange abwarten, bis wir nur noch die Scherben zusammenkehren können.

2.

Wir setzen ein Zeichen des Aufbruchs trotz einer prekären Haushaltslage. Nicht Resignation, sondern im Gegenteil Veränderungs- und Gestaltungswille sind die tragenden Säulen unserer Arbeit in der SPD-Ratsfraktion.

Vor vier Jahren habe ich an dieser Stelle beklagt, dass die damaligen Mehrheiten im Rat die Zeit vertun und keine zukunftsweisende Aufbauarbeit für unsere Stadt leisten. Die Zeiten und die Verhältnisse haben sich geändert. Heute lade ich Sie alle ein, mutig mit anzupacken. Denn getreu einem chinesischen Sprichwort mag die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, schon vor Jahren gewesen sein, die zweitbeste ist allerdings hier und jetzt!

Glück auf!

Rede des Fraktionsvorsitzenden von

Bündnis 90/Die GRÜNEN

Jörg Fritzsche

zur Verabschiedung des

Doppelhaushaltes 2026/2027.

Ratssitzung, 21.05.2026

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen und Gruppen,

liebe Vertreter von Presse, Bürgerschaft und Verwaltung,

die diesjährigen Haushaltsberatungen waren erneut herausfordernd.

Die Haushaltszahlen sind kein Grund, in Freudenjubiläum auszubrechen.

Sie zwingen uns, ganz nah am harten Boden der Realität zu bleiben.

Gleichzeitig gab es in diesem Jahr erstmals eine spürbare Entlastung.

Das **Altschuldenentlastungsgesetz** des Landes Nordrhein-Westfalen ist für Hagen ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Und ich will das ausdrücklich sagen: Es ist ein Erfolg, dass die **schwarz-grüne Landesregierung** dieses Thema angepackt hat.

Viele Jahre wurde über die kommunalen Altschulden gesprochen.

Jetzt gibt es endlich eine konkrete Entlastungsperspektive.

Diese Lösung verschafft uns für einen Moment Luft, aber sie löst die strukturellen Probleme natürlich nicht.

Der Entlastung bei den Altschulden müssen weitere Reformen folgen.

Vor allem der Bund muss sich dauerhaft stärker an den Sozialkosten

beteiligen. Denn wenn Bundesrecht kommunale Ausgaben auslöst, darf die Rechnung nicht dauerhaft bei Städten wie Hagen liegen bleiben.

Die Übertragung immer neuer Aufgaben auf Städte und Gemeinden hält uns in einer Schuldenspirale, aus der wir nicht allein durch Einsparungen oder Steuererhöhungen herausfinden können. Jahrzehntelanger Sanierungsstau, steigende Sozialkosten, internationale Krisen und die Folgen des Klimawandels kommen hinzu.

Das ist die finanzielle Realität, in der wir heute entscheiden.

Gerade deshalb ist es richtig und begrüßenswert, dass der neue Haushaltsplan keine weiteren Steuererhöhungen vorsieht. Die Hagener Bürgerinnen und Bürger sind bereits stark belastet. Viele Familien, viele Rentnerinnen und Rentner, kleine Betriebe und viele Menschen mit geringem Einkommen schauen sehr genau darauf, was kommunale Entscheidungen für ihren Alltag bedeuten.

Haushaltsplanung unter dem Vorzeichen struktureller Überschuldung bedeutet: Handlungsspielräume schaffen, wo kaum noch Spielräume sind. Und es bedeutet, in einem konstruktiven, demokratischen Prozess miteinander um Wege zu ringen, damit - aller Hürden zum

Trotz - Strukturen erhalten bleiben, die diese Stadt zusammenhalten und ihre positive Weiterentwicklung sichern.

Wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind nicht gewählt worden, um der Bevölkerung in epischer Breite die Krisen zu erklären oder nur zu begründen, was wir alles nicht können.

Wir sind gewählt worden, um auch in schwierigen Zeiten Verantwortung zu übernehmen, Belastungen abzufedern und mit dem Geld, das noch zur Verfügung steht, den richtigen Weg einzuschlagen.

Wenn wir dem vorgelegten Haushaltsplan heute zustimmen, dann deshalb, weil wir trotz der angespannten Lage zentrale grüne Ziele in diesem Haushalt abgebildet sehen.

Für uns GRÜNE ist ein Haushalt – und dieser Haushalt - zustimmenswert,

(i) wenn er die Schwächsten nicht aus den Augen verliert und ihnen Unterstützung und Schutz bietet.

Die Aufstockung des Jugendförderplans um 600.000 Euro und die Rücknahme der Zuschussstreichungen für zentrale Einrichtungen der Jugendhilfe waren uns ein unverhandelbares Anliegen.

Dass das Jugendcafé Kabel, das Jugendforum Halden, East-West-East sowie Wildwasser weiter unterstützt werden, ist ein **wichtiger grüner Erfolg** in diesem Haushalt.

Diese Einrichtungen sind keine verzichtbaren Extras. Sie sind Anlaufstellen und Schutzräume, Orte der Beratung und Prävention.

Dort werden junge Menschen gesehen und begleitet. Dort entstehen Vertrauen und Stabilität.

Wer heute bei Jugendhilfe spart, zahlt morgen einen höheren Preis - sozial, menschlich und finanziell.

Diese Gelder sind deshalb die beste Investition in die Zukunft der Hagener Stadtgesellschaft. Sie sind ein wichtiges Signal an Familien in Hagen: Wir sehen eure Kinder. Wir sehen eure Sorgen. Wir lassen euch nicht allein auf dem Weg in eine Zukunft, die herausfordernd ist, aber zusammen bewältigt werden kann.

Ebenso richtig ist die Beibehaltung des **Zuschusses zum Verhütungsmittelfonds**: Körperliche Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht, und selbstbestimmte Familienplanung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Richtig ist auch die Beibehaltung des Zuschusses zu **Drachenherz**. Kinder aus suchtselasteten Familien dürfen von uns nicht allein

gelassen werden. Wer früh hilft, verhindert Leid und stärkt Lebenswege.

Und besonders wichtig ist die Einrichtung einer halben Stelle zur Umsetzung der **Istanbul-Konvention**.

Auch das ist ein **klarer grüner Erfolg** in diesem Haushalt. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist kein Randthema. Sie ist bittere Realität. Schutz vor Gewalt braucht mehr als gute Worte. Schutz braucht Strukturen, Zuständigkeit und Koordination.

Eine halbe Stelle löst nicht alle Probleme. Aber sie ist ein konkreter Schritt: weg vom bloßen Bekenntnis, hin zu praktischer Umsetzung. Sie kann helfen, bestehende Angebote besser zu vernetzen und dafür sorgen, dass Frauen und Mädchen in Hagen Schutz und Unterstützung finden. Gerade weil die Dunkelziffer hoch ist, dürfen wir nicht erst reagieren, wenn Fälle öffentlich werden.

Für uns GRÜNE ist ein Haushalt ebenfalls zustimmenswert,

- (ii) wenn er gewährleistet, dass unsere Stadt technisch, ökologisch und wirtschaftlich in eine bessere Zukunft gehen kann.

Dieser Haushalt enthält weiterhin eine Million Euro pro Jahr, um den Ausbau von Photovoltaik auf städtischen Dächern voranzutreiben. Natürlich würden wir uns wünschen, dass diese Gelder nicht nur

eingestellt, sondern auch konsequent zur Umsetzung der Beschlüsse genutzt werden. Denn jede PV-Anlage auf einem städtischen Dach ist ein Beitrag zu Klimaschutz, Energiesicherheit und langfristig stabileren Kosten.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie verletzlich kommunale und private Haushalte sind, wenn Energiepreise steigen.

Punktuelle Entlastungen können helfen, aber sie ersetzen keine dauerhafte Strategie. Wer verlässliche, langfristig bezahlbare und sichere Energie möchte, muss lokale, regenerative Energieversorgung fördern.

Das ist ja auch eine soziale Frage. Es darf nicht dazu kommen, dass nur diejenigen gut durch Energiekrisen kommen, die sich bereits PV-Anlagen, Wärmepumpe oder E-Auto leisten konnten, während andere die Preissteigerungen bis ins Mark treffen.

Die Energiewende darf unsere Stadtgesellschaft nicht spalten.

Sie muss so gestaltet werden, dass möglichst viele Menschen profitieren: durch kommunale Investitionen, durch faire Förderprogramme, durch Energieeffizienz und durch Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften.

Klimaschutz ist deshalb kein 'Nice to have'. **Klimaschutz ist Daseinsvorsorge.** Klimafolgenanpassung ist Sicherheitspolitik vor

Ort. Hitze, Starkregen, überlastete Infrastruktur zeigen: Eine Stadt, die sich darauf nicht vorbereitet, handelt fahrlässig.

Dank der Fördergelder des Landes aus dem NRW-Infrastrukturgesetz stehen unserer Stadt wichtige Mittel für Infrastrukturprojekte zur Verfügung.

Diese Gelder brauchen wir dringend: für Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, für Straßen und Brücken, für digitale Verwaltung, für Klimaschutz und Katastrophenschutz.

Dabei muss klar sein: Investitionen müssen dort ankommen, wo sie Hagen dauerhaft stärker machen. Unsere Schulen brauchen moderne Gebäude und unsere Stadtteile sichere Wege und eine gute Aufenthaltsqualität.

Unsere Wirtschaft braucht verlässliche Infrastruktur und nachhaltige Gewerbeentwicklung.

Und unsere Verwaltung braucht digitale Prozesse, die für Bürgerinnen und Bürger tatsächlich funktionieren.

Für uns GRÜNE ist ein Haushalt schließlich zustimmenswert,

(iii) wenn er den demokratischen Zusammenhalt stärkt.

Ein knapper Haushalt verschärft Konflikte. Dann wächst die Versuchung, Gruppen gegeneinander auszuspielen: Jung gegen Alt, Innenstadt gegen Außenbezirke, Kultur gegen Sport, Klimaschutz gegen Wirtschaft.

Diesen Weg dürfen wir nicht gehen.

Eine Stadt funktioniert nur, wenn sie mehr ist als die Summe einzelner Interessen.

Hagen braucht Kompromissfähigkeit, Verlässlichkeit und demokratische Verantwortung.

Wir werden auch in den kommenden Jahren harte Entscheidungen treffen müssen. Nicht alles, was wünschenswert ist, wird finanzierbar sein. Aber gerade deshalb müssen wir erklären, nach welchen Maßstäben wir entscheiden.

Für uns ist klar: Wir schützen soziale Infrastruktur. Wir investieren in Zukunft. Wir stärken Bildung, Klimaschutz, Teilhabe und eine moderne Stadtentwicklung. Und wir stehen für eine demokratische Kultur, die Menschen nicht gegeneinander ausspielt.

Denn die **kommunale Finanzlage ist längst auch eine demokratische Frage**. Wenn Städte dauerhaft nicht mehr in der Lage sind, Schulen zu sanieren, Jugendangebote zu sichern, öffentliche Räume lebenswert zu gestalten und grundlegende Infrastruktur zu erhalten, dann leidet das Vertrauen in die Demokratie.

Menschen erleben Politik im Alltag: im Bürgeramt, im Klassenzimmer, an der Bushaltestelle, vor der eigenen Haustür.

Wenn dort nichts mehr funktioniert, gewinnen diejenigen, die einfache Antworten versprechen und demokratische Institutionen verächtlich machen. Das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb werbe ich für Zusammenhalt und Kompromissfähigkeit unter Demokratinnen und Demokraten - auch über Grenzen hinweg.

Unser Dank gilt der Verwaltung, dem Kämmerer und allen Mitarbeitenden, die unter schwierigen Bedingungen diesen Haushalt erarbeitet haben. Haushaltsaufstellung in Hagen ist keine Routineaufgabe. Sie ist jedes Mal ein Kraftakt.

Unser Dank gilt auch allen Trägern, Vereinen, Initiativen und Einrichtungen, die in dieser Stadt jeden Tag Arbeit leisten, die für den Zusammenhalt unverzichtbar ist. Gerade sie spüren oft zuerst, wenn soziale Probleme größer werden. Und gerade sie halten Strukturen zusammen, bevor Politik überhaupt reagieren kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist kein perfekter Haushalt. Er kann es unter den gegebenen Bedingungen auch gar nicht sein. Aber er ist ein verantwortbarer Haushalt.

Er nutzt die Entlastung durch die Altschuldenlösung der schwarz-grünen Landesregierung. Er schützt zentrale soziale Einrichtungen. Er hält Investitionen Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit offen. Und er vermeidet neue Steuererhöhungen.

Deshalb stimmen wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Doppelhaushalt 2026/2027 zu.

Wir tun das nicht, weil wir die Finanzlage schönreden. Wir tun es, weil wir Verantwortung übernehmen. Wir tun es, weil Hagen trotz aller Schwierigkeiten Gestaltung verdient.

Denn **Wir sind das Feuer!** ☺

Vielen Dank!

Haushaltsrede der HAK-Fraktion im Rat der Stadt Hagen zum Doppelhaushalt 2026/27

Gehalten von Sinan Akbaba, HAK Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrter Vertreter der örtlichen Presse, Herr Weiske herzlich Willkommen,
liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Hagen,

zu Beginn meiner Rede möchte ich im Namen unserer Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung unseren ausdrücklichen Dank aussprechen. Wir wissen sehr zu schätzen, mit welchem Engagement und welcher Verlässlichkeit Sie Ihre Arbeit leisten und damit gerade in herausfordernden Zeiten einen wichtigen Beitrag für unsere Stadt Hagen erbringen.

Meine Damen und Herren,

wir beraten heute keinen Haushalt, der Hoffnung weckt. Wir beraten einen Haushalt, der von Zwängen geprägt ist. Einen Haushalt, der nicht das abbildet, was politisch wünschenswert wäre, sondern das, was unter den gegebenen Umständen überhaupt noch möglich und vor allem genehmigungsfähig ist.

Oder bildlich ausgedrückt: Wir bewegen uns finanziell auf sehr dünnem Eis. Und das Problem ist nicht nur, dass das Eis dünn ist, es knackt bereits hörbar. Und trotzdem tun wir an der einen oder anderen Stelle so, als könnten wir einfach weitergehen.

Und auch wenn viele Ursachen außerhalb unserer direkten Einflussmöglichkeiten liegen, entbindet uns das nicht von der Pflicht, hier vor Ort klare Prioritäten zu setzen und ggf. unbequeme und unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

Apropos „außerhalb unserer Einflussmöglichkeiten“:

Ein zentrales Problem ist und bleibt die strukturelle Überlastung der Kommunen. Der Bund und das Land übertragen Aufgaben, ohne für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen. Das ist kein Einzelfall mehr, sondern eine systematische Lastenweitgabe. Das Konnexitätsprinzip wird schlicht und einfach bewusst umgangen! Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Kommunen zu einer „Entsorgungseinrichtung“ für unliebsame Aufgaben des Landes und Bundes geworden sind.

Das zeigt sich besonders deutlich im Bildungsbereich:

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und neuen schulpolitischen Vorhaben wie zusätzlichen Klassenmodellen werden richtige und sinnvolle Ziele formuliert, aber ohne tragfähige Umsetzung. Es fehlt an klaren Ausführungsgesetzen. Die Zuständigkeiten sind nicht definiert, es fehlen Räume, Personal und vor allem fehlt es an der verlässlichen Finanzierung der laufenden Kosten.

Die Realität ist doch:

Die Kommunen sollen liefern und gleichzeitig sehen, wie sie das bezahlen. Genau dieses Muster wiederholt sich immer wieder. Und genau dieses Muster verschärft unsere finanzielle Lage Jahr für Jahr weiter. Das ist etwa so, als würde man jemandem sagen: „Bau ein Haus, aber ohne Budget, sei besonders kreativ bei der Auskömmlichkeit!“

Meine Damen und Herren,

Haushaltssicherung ist längst kein Ausnahmezustand mehr. Sie ist zur Daueraufgabe geworden. Und das hat Folgen: Der kommunale Gestaltungsspielraum schrumpft immer weiter. Das Recht auf Selbstverwaltung findet zunehmend nur noch auf dem Papier statt. Inzwischen auch bei den Kommunen, die über Jahrzehnte finanziell sehr gut aufgestellt waren. Der Haushalt an sich als ein Gestaltungsinstrument schwindet so langsam und wird zunehmend zu einem Überlebensplan!

Trotzdem tragen wir die Verantwortung für unsere Stadt. Und genau deshalb müssen wir auch den Mut haben, kritische Punkte klar zu benennen.

Ein solcher Punkt ist die Personal- und damit verbunden die Kostenentwicklung in der Verwaltung.

Wir wissen um die hohe Belastung vieler Beschäftigter. Und, ja die Kolleginnen und Kollegen leisten Großartiges! Aber gleichzeitig müssen wir feststellen: Die Entwicklung der Personalstruktur kann nicht einfach fortgeschrieben werden, als gäbe es keine Grenzen.

Wir erwarten von der Verwaltung deutlich mehr Konsequenz bei der Aufgaben- und Strukturanalyse. Digitalisierung, bessere Prozesse und interkommunale Zusammenarbeit müssen endlich spürbar Wirkung zeigen; nicht nur auf dem Papier, sondern auch im Haushalt.

Genauso notwendig ist eine ehrliche Debatte über die freiwilligen Leistungen, meine Damen und Herren.

Wir müssen uns die Frage stellen, was wir uns in dieser Stadt dauerhaft noch leisten können und was nicht. Oder, was können wir uns, in welchem Umfang leisten?

Und ja, meine Damen und Herren, dazu gehört auch ein besonders sensibler Bereich: das Theater. Wir müssen darüber sprechen! Wir müssen über Synergien, interkommunale Zusammenarbeit, Einsparungen und eventuell Anpassungen in der Preisgestaltung sprechen!

Es geht nicht darum, Kultur infrage zu stellen. Das möchte ich ausdrücklich erwähnen!

Es geht darum, Verantwortung für den Gesamthaushalt zu übernehmen. Kultur ist wichtig, keine Frage. Aber auch Kultur bewegt sich nicht außerhalb der Realität. Wenn wir an anderer Stelle jeden Euro dreimal umdrehen, dann kann es keinen Bereich geben, der sich dieser Diskussion vollständig entzieht.

Meine Damen und Herren, darüber müssen wir zwangsläufig sprechen!

Auch bei der Grundsteuer haben wir eine Entscheidung getroffen, die nicht populär ist, aber notwendig und vor allem richtig war. Die aktuellen Gerichtsurteile aus den Verwaltungsgerichten Gelsenkirchen und Düsseldorf liefern die Bestätigung. Die Belastung für viele Bürgerinnen und Bürger ist spürbar, das wissen wir. Umso wichtiger wäre eine klare und transparente Kommunikation gewesen. Zumal das Gesamtsteueraufkommen für die Stadt neutral geblieben ist. Wir haben heute noch viele Bürgerinnen und Bürger, die diese Thematik immer noch nicht verstanden haben. Hier sehen wir deutlichen Verbesserungsbedarf seitens der Verwaltung.

Trotz aller Einschränkungen setzen wir weiterhin klare Schwerpunkte:

Bildung, Infrastruktur und Stadtentwicklung bleiben zentrale Zukunftsfelder. Ebenso die Kinder- und Jugendarbeit, die soziale Stabilität sichert und langfristig Kosten vermeidet. Denn, wer heute spart, wo es morgen teuer wird, spart am falschen Ende.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushalt ist kein Aufbruch, sondern eine Absicherung des Notwendigen. Er ist ein Notdach im Sturm. Er schützt, aber baut nichts Neues.

Wir stimmen ihm zu, nicht, weil wir mit allem einverstanden sind, sondern weil die Alternative Stillstand bedeuten würde. Ein nicht genehmigter Haushalt würde unsere Stadt in ihren Handlungsmöglichkeiten massiv einschränken und noch weiter zurückwerfen. Es wäre ein Stillstand mit Ansage!

Unsere Zustimmung ist daher eine Entscheidung aus Verantwortung zu unserer Stadt, aber sie ist ausdrücklich kein Freibrief.

Wir erwarten in den kommenden Jahren deutlich mehr Konsequenz bei der Haushaltskonsolidierung, mehr Klarheit bei Prioritäten und mehr Mut, auch unbequeme und unpopuläre Diskussionen zu führen. Kein Bereich darf davon ausgenommen werden.

Hagen steht vor großen Herausforderungen.

Aber diese Herausforderungen lassen sich nur bewältigen, wenn wir ehrlich sind zu uns selbst und zu den Menschen in dieser Stadt.

Vielen Dank.

SINAN AKBABA

Fraktionsvorsitzender

HAK Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Haushaltsrede Doppelhaushalt 2026/2027
Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI

—

— Frank Schmidt —

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

der Hager Doppelhaushalt 2026/2027 steht auf den ersten Blick unter den gleichen Vorzeichen wie seine Vorgänger. Wenn man dem Rat der Stadt seit zwölf Jahren angehört und in dieser Zeit sechs Haushaltsberatungen mitgemacht hat, dann kennt man zu diesem Thema eigentlich nur ein Grundgefühl: Die Lage war noch nie so ernst, es ist alles ganz furchtbar! Daran konnte auch ein zwischenzeitlich erreichter Haushaltsausgleich angesichts düsterer Zukunftsperspektiven und durch das Land ermöglichter Buchungstricks im Zuge des Covid-19-Ukraine-Isolierungsgesetzes nichts ändern.

So reibt man sich schon verdutzt die Augen, wenn Kämmerer Bernd Maßmann bei der Vorstellung des Planentwurfes zu der Erkenntnis kommt, dass „die guten Zeiten vorbei sind“. Die Feststellung an sich ist ja richtig, aber sie ist keineswegs neu. Ich habe jedenfalls nicht an guten Haushaltszeiten teilgenommen, seit ich 2009 in die BV Hohenlimburg und 2014 in den Stadtrat gewählt wurde. Stattdessen hießen die prägenden Begriffe für das Handeln stets Konsolidierung, Sparzwänge und Haushaltsdisziplin. Ein buchhalterisch ausgeglichener Haushalt konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Hagen finanziell aus dem letzten

Loch pfiß und pfeift: 20 Jahre eiserne Sparpolitik sieht man dieser Stadt an – Schulen und Brücken zerbröseln, ausgedünnte Grünschnittintervalle, ausbleibende Straßensanierungen und ein ungepflegtes Gesamtbild konterkarieren den Anspruch der Stadt Hagen, ein vitales und leistungsstarkes Oberzentrum zu sein. Leere Kassen und die damit verbundenen Folgen prägen neben dem Erscheinungsbild der Stadt auch das Lebensgefühl in Hagen. Schon die Instandsetzung beziehungsweise Wiederherstellung der städtischen Infrastruktur, der Schulgebäude und Verkehrswege, ist eine Mammutaufgabe, die in den nächsten zwei Jahren erhebliche Finanzmittel und umfangreiche personelle Ressourcen in Anspruch nimmt. Entsprechend gering bleiben die Spielräume für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Stadt Hagen.

Es sind also keine guten Zeiten, die mit diesem Haushalt zu Ende gehen. Und doch präsentiert sich der Etat der Stadt für die kommenden beiden Jahre unter spürbar veränderten Vorzeichen.

Unsere Wahrnehmung ist, dass sich die Politik in dieser Haushaltsrunde deutlich selbstbewusster positioniert und klare Grenzen setzt, wo maßvolle Finanzpolitik aufhört und wo kaputtsparen anfängt. So haben Fraktionen und Gruppen unterschiedlichster Couleur erfolgreich reklamiert, dass soziale Hilfsangebote freier

Träger nicht wegbrechen dürfen, weil die Stadt ihnen die Zuschüsse streicht. Die Sparerfolge, die sich über die Streichung solcher Zuschüsse erzielen ließen, würden mittelfristig ohnehin von deutlich höheren Sozialausgaben aufgeessen, die sich zwangsläufig einstellen, wenn man sich nicht frühzeitig um hilfebedürftige Menschen kümmert. Aber auch auf anderen Gebieten haben Vorstöße aus der Politik den Haushalt deutlich nachgebessert.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, die Etatplanung für die Stadt Hagen unter finanziell schwierigen Vorzeichen geschieht in für die Demokratie herausfordernden Zeiten. In Zeiten, in denen manches in Wanken geraten ist, was uns jahrzehntelang selbstverständlich erschien. Ein zunehmender Teil der wählenden Bevölkerung zweifelt daran, dass es den Parteien und Wählergemeinschaften der demokratischen Mitte gelingt, die damit verbundenen Probleme zu lösen. Es ist wichtig, dass diese Zweifel jetzt zerstreut werden, es ist wichtig, dass Politik auch auf kommunaler Ebene jetzt liefert, wenn demokratische Werte und die Leitlinien einer solidarischen, sozialen Gesellschaft unser Zusammenleben auch in Zukunft prägen sollen.

Unsere Fraktion hat sich vor diesem Hintergrund entschieden, diesen Haushalt verantwortungsbewusst

mitzutragen. Wir begrüßen es, dass mit dem neuen Oberbürgermeister ein politisch geprägtes Stadtoberhaupt die Geschicke lenkt, der die Stadt Hagen als Gemeinschaftsaufgabe begreift und sich offen für die Impulse auch jener Fraktionen und Gruppen zeigt, die ihm von Hause aus erst einmal weniger nahestehen. Konstruktiver ist auch die Zusammenarbeit mit den heutigen Koalitionsfraktionen geworden, und so bildet dieser Doppelhaushalt deutlich mehr Anliegen auch unserer Fraktion ab als beispielsweise der Vorgängerhaushalt, den wir seinerzeit vergeblich mitzugestalten versucht hatten.

Der Lückenschluss des Lenneradwegs beispielsweise, die Unterstützung von Vereinen mit eigenen Sportanlagen und verstärkte Bemühungen um mehr Sicherheit in der Hager Innenstadt sind Themen, die wir mit vorangetrieben haben. Unser einstimmig angenommener BV-Antrag für die unverzügliche Sanierung der Rundturnhalle war, und da schaue ich dem Kämmerer mal tief in die Augen, von entscheidender Bedeutung, auch verwaltungsseits die Notwendigkeit dieser Maßnahme zu erkennen und sie in diesem Doppelhaushalt zu verankern. Und natürlich standen wir an der Seite der Träger sozialer Hilfsangebote und von Einrichtungen der

Jugendförderung, als deren Zuschüsse zur Disposition standen.

Auch zum Thema Sparen hatten wir den ein oder anderen Impuls parat, wenn ich da zum Beispiel an das künstlerisch zu gestaltende Fenster des Osthaus-Museums denke.

Etwas weniger eilig sind wir allerdings mit Sparvorschlägen, die sich aufs Personal beziehen. Um die Haushaltsberatungen kreisen ja hartnäckig Behauptungen, die Stadt Hagen würde eine unangemessen hohe Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschäftigen. Wer hier Vergleiche zu anderen Städten heranzieht, die sich in völlig anderen Strukturen organisieren, wer Beschäftigte auf eine Rolle als Kostentreiber reduziert und dabei auf eine sorgfältige Aufgabenanalyse verzichtet, der wird den Verwaltungsbediensteten dieser Stadt nicht gerecht. Der Unternehmer Carsten Maschmeyer hat es im Februar dieses Jahres auf den Punkt gebracht: „Wenn die Mitarbeiter euch nur stören, dann probiert’s doch mal ohne“. Vor diesem Hintergrund sehen wir die mittlerweile acht Monate währende Wiederbesetzungssperre für freiwerdende Verwaltungsstellen deutlich kritisch.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, nicht alles, was wir für sinnvoll halten, findet sich in

diesem Haushalt wieder. Das wäre auch ziemlich erstaunlich angesichts der überschaubaren Größe unserer Fraktion. Wir maßen uns nicht an, angesichts der Mehrheitskonstellation im Stadtrat entscheidender Taktgeber für den Doppelhaushalt sein zu wollen. Wir freuen uns jedoch über eine neue Arbeitsatmosphäre, in der Vorschläge mit fremdem Absender erst einmal aufgeschlossen beleuchtet und nicht gleich reflexartig weggestimmt werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine derartige Grundeinstellung der Bewältigung unserer gemeinsamen Aufgaben nur förderlich sein kann. Zu unserer Grundeinstellung gehört wiederum, dass man gefälligst Änderungsanträge vorlegen sollte, wenn einem der Haushaltsplanentwurf in der vorgelegten Form nicht passt. Man muss dem Rat aus unserer Sicht schon Vorschläge machen und somit die Gelegenheit geben, einen Haushalt zu verabschieden, den man als Fraktion oder Gruppe für angemessen hält. Eine reine Verweigerungshaltung zeugt hingegen gerade in diesen Zeiten von wenig Verantwortungsbewusstsein. Wir haben daher entsprechende Vorschläge gemacht und sind mit dem Ergebnis in einem ausreichenden Maß zufrieden.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Abschluss noch den Blick auf zwei weitere Aspekte.

Der eine hat etwas mit einem Leitmotiv zu tun, das die Haushaltsberatungen seit Jahren prägt. Es geht um die nicht auskömmliche Finanzierung von Aufgaben, die Bund und Land auf die Kommunen übertragen. Jahrein, jahraus fordern die Städte diesbezüglich finanzielle Gerechtigkeit ein, ohne dass die entsprechenden Reformen zur Gemeindefinanzierung Wirklichkeit werden. Allein im vergangenen Jahr ist das Defizit aller deutschen Städte um 25 Prozent auf nunmehr 30 Milliarden Euro gestiegen. Politik und Verwaltung müssen hier gemeinsam zu schärferen Formen des Protestes finden, wenn nicht sämtliche Sparsbemühungen in den städtischen Haushalten auf Grund struktureller Defizite ins Leere laufen sollen.

Beim zweiten Aspekt geht es um knapp 5.200 Euro für die Reparatur der Hohenlimburger Rathausturmuhre, die die Bezirksvertretung vorgestreckt hat. Sie hat das gemacht, damit das wichtigste Hohenlimburger Gebäude den Menschen bis zur Haushaltsgenehmigung nicht monatelang den Eindruck vermittelt, dass in ihrer Stadt nun wirklich alles den Bach runtergeht. Dieses Geld ist aus Mitteln der Gebäudeunterhaltung zu bezahlen und nicht von der BV, wo die Summe immerhin stolze 7,5 Prozent des Gesamtetats ausmacht. Bislang, werter Herr Maßmann, haben Sie uns noch keinen Weg aufgezeigt, wie wir das Geld

wiederbekommen können, und mein Plan, den Sitzungskaffee, den ich hier und in den Fachausschusssitzungen trinke, künftig bei Bezirksbürgermeister Glod zu bezahlen, geht auch nicht auf. Da müsste ich bei einem Kaffeepreis von einsfünzig und hochgerechneten 120 Sitzungen bis 2030 in jeder Sitzung circa 30 Kaffee trinken, und das schaffe ich nicht. Also, Herr Maßmann, denken Sie bitte nochmal drüber nach!

Schönen Dank fürs Zuhören!

Haushaltsrede FDP-Fraktion Hagen

Doppelhaushalt 2026/2027, Katja Graf

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich – auch im Namen der FDP-Fraktion – bei Herrn Maßmann sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Aufstellung dieses Doppelhaushaltes 2026/2027 bedanken.

Gerade in Zeiten einer angespannten Finanzlage ist die Erstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltes alles andere als selbstverständlich. Dafür gilt unser ausdrücklicher Dank.

Die finanzielle Krise vieler Kommunen ist längst auch eine Strukturkrise der öffentlichen Verwaltung.

Genau darin liegt aus unserer Sicht die eigentliche Herausforderung dieses Doppelhaushaltes.

Städte wie Hagen stehen unter enormem Druck:

- steigende Sozialausgaben,
- hohe Tarifabschlüsse,
- wachsende Anforderungen an Kommunen,
- Investitionsstaus
- sowie eine schwierige wirtschaftliche Lage.

Trotzdem muss man feststellen:

Diese Probleme lassen sich nicht lösen, wenn die Antwort immer nur lautet: mehr Personal, mehr Strukturen und immer neue Aufgaben innerhalb der Verwaltung.

Deshalb machen wir es uns mit dieser Entscheidung nicht leicht.

Die FDP-Fraktion wird diesem Doppelhaushalt zustimmen – allerdings mit

deutlichen Bedenken.

Wir sehen erhebliche Risiken.

Vor allem erkennen wir nicht, dass das Sparpotenzial innerhalb der Verwaltung konsequent ausgeschöpft wird.

Die zentrale Säule des Haushaltssicherungskonzeptes bleibt erneut die Wiederbesetzungssperre.

Genau hier liegt das Problem:

Wird diese Maßnahme – wie in den vergangenen Jahren – erneut durch zahlreiche Ausnahmen aufgeweicht, droht die gesamte Konsolidierungsstrategie zu scheitern.

Dann stehen wir in wenigen Jahren vor genau den Steuererhöhungen, die heute noch ausgeschlossen werden.

Das wäre ein schwerer Fehler.

Höhere Grundsteuern und höhere Gewerbesteuern treffen:

- Familien,
- Eigentümer,
- Mieter,
- Handwerk
- sowie unsere Unternehmen.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dürfen wir diesen Weg nicht einschlagen.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten:

Die Aussage, Steuererhöhungen seien dauerhaft vom Tisch, bleibt Augenwischerei, solange die strukturellen Probleme innerhalb der Verwaltung nicht angegangen werden.

Deshalb brauchen wir jetzt mehr Mut zur Modernisierung.

Notwendig sind:

- konsequente Digitalisierung,

- effizientere Abläufe,
- echte Aufgabenkritik
- sowie eine Verwaltung, die sich stärker als moderner Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger versteht.

Eine leistungsfähige Verwaltung misst sich nicht an ihrer Größe, sondern an Effizienz, Bürgernähe und Problemlösungskompetenz.

Gerade bei Stellen, die seit langer Zeit unbesetzt sind, muss geprüft werden, ob diese überhaupt noch benötigt werden.

Eine ernsthafte Organisationsuntersuchung darf kein Tabu mehr sein.

Unser Ziel muss klar sein:

Die Verwaltung muss mittelfristig schlanker werden – nicht immer größer.

Daran wird sich die Glaubwürdigkeit dieses Haushaltssicherungskonzeptes entscheiden.

Haushaltspolitik bedeutet nicht nur Sparen.

Haushaltspolitik bedeutet vor allem, Prioritäten zu setzen.

Für uns als Freie Demokraten sind diese Prioritäten klar:

- Wirtschaft und Beschäftigung,
- Bildung und Familienfreundlichkeit,
- sowie eine leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung.

Gerade bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung fehlt seit Jahren die notwendige Konsequenz.

Dabei braucht Hagen gerade in diesem Bereich endlich eine spürbare Trendwende durch strukturiertes Handeln.

Keine Ansammlung einzelner Maßnahmen mit Showcharakter.
Kein lose Aneinanderreihung guter Absichten.

Gefragt ist eine strategisch geführte Gemeinschaftsaufgabe.

Benötigt werden:

- klare Zuständigkeiten,
- konsequentes Management,
- kurze Entscheidungswege
- sowie ein zielgerichtetes Zusammenwirken aller Akteure.

Eine entsprechende Stabsstelle innerhalb der Verwaltung wäre aus unserer Sicht ein sinnvoller Schritt.

Eines ist offensichtlich:

Ohne wirtschaftliches Wachstum werden wir die finanziellen Probleme dieser Stadt nicht lösen.

Arbeitsplätze entstehen nicht durch Sonntagsreden.

Sie entstehen durch verlässliche Rahmenbedingungen, schnelle Entscheidungen und eine Verwaltung, die als Partner auftritt – nicht als Hindernis.

Gleichzeitig müssen wir Hagen wieder attraktiver für junge Familien machen.

Der Fachkräftemangel wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen.

Die Zukunft unserer Stadt entscheidet sich auch daran, ob Familien hier gute Bedingungen vorfinden:

- gute Schulen,
- verlässliche Betreuung,
- funktionierende Infrastruktur
- und lebenswerte Quartiere.

Zur Wahrheit gehört auch:

Während viele Unternehmen händeringend Fachkräfte suchen, ist die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt weiterhin zu hoch – insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit.

Das dürfen wir nicht als Normalzustand akzeptieren.

Deshalb brauchen wir endlich eine wirksame Verzahnung von:

- Bildung,

- Qualifizierung,
- Beschäftigungsförderung
- und Wirtschaftspolitik.

Jeder junge Mensch, der dauerhaft ohne Perspektive bleibt, ist nicht nur ein persönliches Schicksal, sondern auch ein Verlust für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Deshalb müssen wir alles dafür tun, Menschen schneller in Ausbildung, Beschäftigung und gesellschaftliche Teilhabe zu bringen.

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik stärkt nicht nur unsere Unternehmen – sie stärkt ebenso den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt.

Gerade deshalb halten wir die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich für falsch.

Diese Kürzungen wären kontraproduktiv.

Deshalb haben wir sie in den Fachausschüssen folgerichtig abgelehnt.

Eine weitere Schwächung der sozialen Infrastruktur in unseren Quartieren ist für uns nicht akzeptabel.

Wir brauchen keine Zentralisierung um jeden Preis.
Ebenso wenig brauchen wir eine ständige Verlagerung von Aufgaben in die Stadtverwaltung.

Die breite Trägerlandschaft in Hagen ist eine Stärke dieser Stadt – keine Schwäche.

Ein weiterer Knackpunkt ist natürlich die bröckelnde Infrastruktur.

Ob Brücken, Straßen oder öffentliche Gebäude:
Der Modernisierungstau ist offensichtlich.

Lösen werden wir ihn nicht, wenn jedes Projekt zur perfekten Goldrandlösung aufgeblasen wird.

Wir brauchen mehr Pragmatismus.
Mehr Tempo.

Mehr Mut zu kreativen Lösungen.

Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen endlich beschleunigt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten sichtbare Verbesserungen – keine jahrelangen Debatten über Zuständigkeiten und Verfahren.

Auch im Bildungsbereich brauchen wir mehr Realismus und mehr Geschwindigkeit.

Die Konzentration auf einzelne zweifelhafte Großprojekte wird uns nicht weiterbringen.

Entscheidend ist, möglichst schnell konkrete Verbesserungen für Schülerinnen, Schüler und Familien zu erreichen.

Dieser Doppelhaushalt ist kein Haushalt, der alle Probleme löst.

Er eröffnet aber die Chance, notwendige Veränderungen endlich ernsthaft anzugehen.

Die FDP-Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen, weil wir Verantwortung für unsere Stadt übernehmen.

Unsere Zustimmung ist zugleich mit einer klaren Erwartung verbunden:

Die angekündigte Konsolidierung darf nicht erneut verwässert werden.

Wir brauchen:

- eine moderne und effizientere Verwaltung,
- mehr wirtschaftliche Dynamik,
- schnellere Planungs- und Entscheidungsprozesse,
- eine starke Bildungs- und Familienpolitik
- sowie eine konsequente Konzentration auf das Wesentliche.

Nur wenn wir heute die richtigen strukturellen Entscheidungen treffen, werden wir morgen verhindern können, dass Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen erneut durch höhere Steuern belastet werden.

Haushaltspolitik bedeutet nicht nur, Geld zu verwalten.

Haushaltspolitik bedeutet, Verantwortung für die Zukunft einer Stadt zu übernehmen ohne dabei die Bürgerinnen und Bürger durch neue finanzielle Zumutungen zu belasten.

Oder um es mit Ludwig Erhard zu sagen:

„Maßhalten ist der Weg zur Freiheit.“

Vielen Dank.

Rede: Die Linke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Zuschauerinnen und Zuschauer,

wir stehen heute hier, um nicht nur über Zahlen, den Stellenplan und Haushaltspläne zu sprechen, sondern um die Stimme derjenigen zu erheben, die im Schatten politischer Entscheidungen leben.

Die Menschen in unserer Stadt Hagen, die unter einer chronischen Unterfinanzierung der kommunalen Strukturen leiden und in Zukunft noch stärker leiden werden.

Bei den verschiedenen Maßnahmen und Entscheidungen, die uns als Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern hoffentlich allen wehtun werden, versuchen wir gemeinsam, die finanzielle Schieflage zwischen Einnahmensituation und Ausgabensituation zu bewältigen.

Ich weiß – dies sei auch am Anfang meiner Rede festgestellt – , dass die Kämmerei und die Verwaltung viel Arbeit in den Haushalt gesteckt haben.

Dafür gilt Ihnen unser Dank und unsere Anerkennung für ihre Leistung.

Doch all diese Pläne, die uns vorliegen, bedeuten keine wirkliche Verbesserung der Situation der Stadt, denn letztlich drückt uns nach wie vor ein Altschuldenberg von über 500 Millionen Euro!

In verschiedenen Bereichen, die unsere Stadt lebenswert machen, müssen wir uns einem künstlichen Wettbewerb mit anderen Städten stellen, den wir kaum gewinnen können, denn es fehlt einfach das Geld.

Die Bundes- und Landespolitik hat dafür gesorgt, dass die Stadt immer neue Aufgaben bekommen hat, ohne aber eine adäquate Finanzierung der Städte sicherzustellen.

Dabei ist die Schuldenübernahme durch das Land NRW sicher ein richtiger Weg gewesen, aber das reicht nicht aus.

Dabei können wir nicht einmal ansatzweise abschätzen, wie sich die „neue Grundsicherung“ als Nachfolger des Bürgergeldes letztendlich für die Stadt auswirkt.

Dass sie für die betroffenen Menschen Probleme mit sich bringen wird, wissen alle hier Anwesenden schon jetzt.

Dazu kommen die Auswirkungen der Kriege in der Ukraine, im Libanon, in Gaza und im Iran, deren Folgen wir in Hagen auch an den explodierenden Kosten für die Energieversorgung und den Unterhalt der Infrastruktur merken.

Dass die höheren Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden, wissen die Regierenden von CDU und SPD in Hagen genau.

Nun noch einige Beispiele, was wir im Zusammenhang mit dem Haushalt der Stadt kritisieren:

Bei 1.003.515.715 Euro Einnahmen und 1.056.655.966 Euro Ausgaben, sind es oft Kleinigkeiten, die das ganze Dilemma der öffentlichen Finanzen deutlich machen.

So waren – nur als Beispiel – Projekte wie Drachenherz und Wildwasser durch Streichungen im jeweiligen Budget betroffen. Erst nach massiven Protesten der Stadtgesellschaft ist die Politik eingeknickt und hat diese Kürzungen, die das Ende von Drachenherz und Wildwasser bedeutet hätten, zurückgenommen. Allein dass diese Projekte zur Disposition gestellt worden sind, sagt alles.

Auf Antrag des Seniorenbeirates der Stadt sollte ein Bürgerkoffer zur mobilen Unterstützung bei digitalen Dienstleistungen im Wert von 8.000 Euro, zuzüglich der Bereitstellung von Personal beim Einsatz des Koffers, angeschafft werden. Die Verwaltung lief Sturm dagegen und riet von der Anschaffung ab.

Auch wenn nicht viele Menschen von diesem Angebot Nutzen getragen hätten, hätte sich die Stadt Hagen als fortschrittlich darstellen können, denn dieses Angebot hätte Sinn gemacht.

Aber was zählen schon 8.000 Euro bei über 1 Milliarde Euro Einnahmen...

Es liegt gerade uns Linken fern, das eine gegen das andere auszuspielen, und wir setzen uns massiv für die Freiheit der Kunst und Kultur ein.

Doch möchte ich eine Frage stellen:

Wenn mein Kühlschrank so leer ist, wie die Stadtfinanzen schlecht sind, sollte ich schon überlegen, ob ich etwas zu essen kaufe oder Fenster für 100.000 Euro kunstvoll gestalten lasse!

Der vorgelegte Haushalt weist ein Minus von über 53 Millionen Euro in diesem Jahr aus.

Nächstes Jahr wohl über 90 Millionen.

Wenn wir dies zu unseren bestehenden Schulden der Stadt dazuzählen und die Kosten für den Neubau der Cuno-Schulen, das Geld, das uns das Brückendesaster kostet, und die zu erwartenden immer weiter sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen der nächsten Jahre berücksichtigen, wird einem angst und bange um die Finanzen der Stadt Hagen.

Wann übersteigt der Schuldenberg wieder die Grenze von 1 Milliarde?

Sie rühmen sich damit, die schlimmsten Kürzungen im sozialen Bereich herausgenommen zu haben. Drachenherz und Wildwasser dürfen weitermachen.

Das ist richtig, aber es wird vergessen, dass die Kürzungen und Streichungen des HSK 2024 weiter fortgeschrieben und zementiert werden.

Wie zum Beispiel die Kürzung des Zuschusses für das Stadttheater um 500.000 Euro – und vieles mehr.

Die Stadt Hagen hat wie fast alle Städte und Gemeinden ein echtes Problem mit einer guten Finanzausstattung.

Wir müssen vom Bund und vom Land NRW die finanziellen Mittel erhalten, die wir zur Erfüllung unserer Aufgaben benötigen – und darüber hinaus Mittel, um neue Projekte umzusetzen, die unsere Stadt lebenswerter machen.

„Die Linke“ hat einmal durchgerechnet, was die Wiedererhebung der Vermögensteuer ganz konkret für Hagen bedeuten würde.

Wie Sie wissen, ist die Vermögensteuer nicht abgeschafft worden – sie wird nur nicht erhoben. Sie kann jederzeit wieder erhoben werden, wenn es der Bund nur will.

Die Linke hat einmal ausgerechnet, was eine Vermögensteuer für die Kommunen bringen würde.

Es gäbe dabei einen Freibetrag von 1 Million Euro. Erst darüber hinaus würde die Vermögensteuer greifen.

Wenn wir die Schlüsselzuweisungen von 1,98 % für das Jahr 2025 nehmen – also 206.487.805 Euro –, würde das durch die Vermögenssteuer für Hagen eine zusätzliche Einnahme von 78.171.011 Euro ergeben!

Und das nicht nur einmalig, sondern jährlich!

Warum setzen sich die Stadtspitze sowie CDU und SPD nicht dafür ein, dass diese Steuer wieder erhoben wird?

Das Argument der „Neidsteuer“ und die armen Reichen... kann ich nicht mehr hören, weil es falsch ist.

Wir können Ihnen gerne die Berechnungen zur Verfügung stellen.

Schwarz auf Weiß!

Weiter frage ich mich:

Warum soll die Grundsteuer in Hagen immer weiter erhöht werden? Ist sie nicht schon hoch genug? Frei nach dem Motto: Jedes Jahr nur ein kleines bisschen mehr – dann merkt es keiner.

Wegen der begrenzten Redezeit kann ich leider einige Punkte in der Rede nur kurz anreißen, deren Betrachtung eigentlich eine noch größere Zeit verdient hätte, denn diese spielen in Hagen in den nächsten Jahren eine große Rolle.

Brückendesaster, Infrastruktur, Schuldesaster und so weiter.

Wir alle wissen um den schlechten Zustand unserer Infrastruktur. Ich möchte hier jetzt nicht den Zeigefinger heben und sagen, der oder die seien dafür verantwortlich.

Die Frage, die sich stellt, sind die Kosten für die Brückenneubauten und Gebäude der Stadt, die neu errichtet oder saniert werden müssen.

Wollen wir dies über Kredite finanzieren oder vielleicht doch durch eine vernünftige Finanzausstattung der Stadt Hagen durch Bund und Land?

Eigentlich sollte ich an dieser Stelle noch ein paar Worte zur Politik im Bund sagen – etwa zu den sogenannten Reformen, die auf uns zukommen, oder zu den steigenden Ausgaben für nationale Großprojekte und Ausgaben für Militär während Städte und Gemeinden mit dem Kleingeldfach abgespeist werden. Das lasse ich jetzt lieber!

Wir haben einen Haushalt vorliegen, der uns verspricht: Alles wird gut, und die Finanzen der Stadt werden sich zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger bessern.

Mir und uns als Linke fehlt der Glaube. Wir lehnen natürlich diesen Haushalt ab – allein schon wegen der Fortschreibung und Zementierung der Kürzungen des Haushalts 2024.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates:

Seien Sie mutig, folgen Sie der Vernunft und sagen Sie auch NEIN zum Haushalt!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Mitglieder des Hagener Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

nach sieben (acht) vorangegangenen Haushaltsreden verbleibt mir als Achter (Neunter) im heutigen Redner-Countdown anscheinend nur noch das, was Karl Valentin schon vor 100 Jahren gesagt hat, und zwar: *Es ist zwar schon alles gesagt worden, aber noch nicht von allen*“.

Ist das so? Bleibt da wirklich nichts übrig? Hier mein Versuch, Rat und Zuhörer nach mehr als einer Stunde (anderthalb Stunden) ununterbrochener Haushaltsreden noch einmal mitzunehmen. Also:

Meine Damen und Herren,

mehr als mancher andere in diesem hohen Haus kann ich auf über 22 Jahre Hagener Haushaltspläne zurückblicken. Ich kann mich erinnern, was in den vergangenen Jahren schon alles gesagt, versprochen und versucht worden ist. Meine Überlegung dazu: Mal sehen, was davon auch heute noch verwertbar sein könnte?

Rückblickend bis 2004 kann ich zunächst Folgendes feststellen: „Zu keinem Zeitpunkt im vergangenen Vierteljahrhundert gab es in Sachen Hagener Haushalt Anlass zu Gelassenheit oder gar zu Optimismus. Immer drückte die Stadt eine scheinbar übermächtige und schwer zu beherrschende Verschuldungsperspektive. Dies veranlasste die jeweils verantwortlichen Kämmerer in der Vergangenheit dazu, bei der Einbringung der Haushaltszahlen auf Besonnenheit bei den ratsangehörigen Gruppierungen zu pochen. Dass das auch heute wieder der Fall ist, brauche ich nicht extra zu erwähnen. Das haben die Sprecher der Fraktionen vor mir gerade noch ausgeführt.

Den angekündigten Blick in die Vergangenheit möchte ich insbesondere auf die Situation vor 14 Jahren richten, als Hagen im Jahr 2012 unter das Stärkungspaktgesetz des Landes gefallen war. Da hatten die Hagener Stadtspitze zusammen mit den richtungsweisenden großen Fraktionen von SPD & CDU als Reaktion auf das Spardiktat aus Düsseldorf einen „wirkungsorientierten Haushalt“ beschlossen. So etwas hatte es - für mich damals überraschend - ganz offensichtlich vorher noch nie gegeben. Darüber hinaus waren die Einführung und Implementierung verbindlicher betriebswirtschaftlicher Beschlussvorlagen, die Erstellung eines Personalbedarfs- und -entwicklungsplans sowie eine umfassende Aufgabenkritik vorgesehen, um die damalige Schuldenfahrt auszubremsen. Hagen Aktiv hatte dem Haushalt 2012 angesichts des anstehenden Stärkungspaktes zugestimmt. Immerhin waren 40,5 Millionen Euro Landeszugabe ausgelobt – und das nachhaltig.

Soweit zu 2012, und soweit auch wohl längst Geschichte! Trotzdem: Auch heute - 14 Jahre später - weiß ich immer noch nicht so recht, woran man einen „wirkungsorientierten Haushalt“ - z.B. im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2026/27 - erkennen könnte. Ich finde dazu auf den vielen Seiten des aktuellen Zahlenwerks keinen expliziten Hinweis. Erkennen kann ich auch nicht, wo dieser Tage eine „umfassende Aufgabenkritik“ im Personalbereich zu verorten sein könnte. Vielleicht spielen die Beschlüsse von 2012 mittlerweile aber auch gar keine Rolle mehr.

Oder doch noch? Sind die Einsichten von damals bei genauerem Hinsehen vielleicht auch heute noch relevant?

Zurück in die Gegenwart und zur aktuellen Situation. Diese stellt sich - kurz zusammengefasst - wie folgt dar: Das Land NRW hat kürzlich etwa die Hälfte der Altschulden Hagens übernommen, so dass eine Restschuld von zurzeit rund 500 Millionen EURO übrigbleibt. Innerhalb der kommenden fünf Jahre wird sich diese Summe aber wieder verdoppeln. Grund dafür ist das hohe jährliche Haushaltsdefizit in den bevorstehenden Jahren. Erst mit dem Jahr 2034 wird aufgrund des vorgelegten HSK wieder mit einem ausgeglichenen Haushalt gerechnet. Wohl gesagt: gerechnet!

Nun zur Kernfrage: Was sagt Hagen Aktiv zum aktuellen Haushaltsplan 2026/27? Wie steht unsere Ratsgruppe zum vorgelegten HSK? Gibt es da überhaupt eine Alternative? Oder gilt es mal wieder, einfach nur in den sauren Apfel zu beißen?

Ich sage es vorweg: Wir werden dem vorgelegten Haushaltsplan in seiner veränderten Form zustimmen. Zustimmen können wir vor allem deswegen, weil die zunächst anvisierten Kürzungen im Jugendbereich im Einvernehmen mit allen politischen Gruppierungen noch einmal zurückgenommen worden sind. Und das ist auch gut so.

Unsere generelle Haltung dazu: Immer noch besser, die Löcher in der Stadtkasse werden größer, als die Löcher in der bitter benötigten Hager Infrastruktur. Letztere – die Löcher in der Infrastruktur - haben m.E. einen wesentlichen Einfluss auf das Zugehörigkeitsgefühl der Hager zu ihrer Stadt.

Kritik unsererseits verbleibt jedoch bei dem Ansinnen, ein weiteres Dezernat zu etablieren. Neben dem Fachbereich des OB soll es in naher Zukunft statt vier dann fünf Fachbereiche geben, die jeweils von einem Dezernenten angeführt werden. Anlass dafür seien die anstehenden Großaufgaben hinsichtlich Schulen, Brücken, Schrottimmobilien und Mobilitätswende heißt es dazu von der jetzt dominierenden Koalition aus CDU und SPD. Hagen Aktiv sieht die Stadt in der bisherigen Zusammensetzung der Dezernate dagegen als hinreichend gut aufgestellt und lehnt ein weiteres Dezernat - besonders auch aus Kostengründen – eigentlich entschieden ab.

Dennoch, so hatte ich vorab gesagt, werden wir dem Haushalt zustimmen. Wie passt das zusammen?

Hier verweise ich auf die eingangs skizzierte Sparsituation aus dem Jahr 2012. Das bedeutet: Wir setzen voraus, dass mit der Einrichtung des weiteren Dezernates so etwas wie die Kautelen für einen „wirkungsorientierten Haushalt“ bei gleichzeitig „umfassender Aufgabenkritik“ realisiert werden. Die Wirkung dieser Maßnahme – der Einsatz eines weiteren Dezernenten – muss in diesem Sinne also die dadurch zusätzlich verursachten Kosten für die Stadtkasse deutlich übertreffen. Anders ist aus unserer Sicht die angenommene Wirkungsorientierung der Maßnahme nicht gewährleistet. Ich darf ihnen versichern, dass Hagen Aktiv die Entwicklungen in dieser Hinsicht besonders aufmerksam verfolgen wird.

Ansonsten bleibt mir mit Blick auf den Haushalt noch der fromme Wunsch, dass das vorgelegte Zahlenwerk möglichst schnell die Zustimmung der übergeordneten Behörde in Arnsberg erhält.

Damit stehe ich auch schon vor dem Abschluss meines Redebeitrags. Schließen möchte ich jedoch nicht, ohne kritische Fragen zu zwei weiteren Punkten aufzuwerfen:

1. Einkommenssteuer: Wie Sie sicher wissen, fließen von dem Gesamtaufkommen der Einkommenssteuer aus Hagen 15% an die Stadtkasse zurück. Im Haushaltsplan 2026/27 sind in diesem Finanzsektor deutlich steigende Zahlen als Ertrag eingerechnet. Wie passt das aber zusammen mit der Nachricht, dass die Arbeitslosigkeit in Hagen - trotz Frühjahrsbelebung andernorts in NRW - weiter gestiegen ist? Führt erhöhte Arbeitslosigkeit vor Ort nicht eher zu verminderten Einnahmen aus der Einkommenssteuer? Und was ist hier mit der Einwohnerfluktuation?
2. Bürgerbeteiligung: Die Aufgaben bezüglich Straßen & Brücken, Grünflächen, Forstbetrieb, Friedhöfe, Spielplätze und so weiter sind seit dem Jahr 2023 durch einen Betrauungsakt in die Hände des WBH gelegt worden. Seitdem haben die Mitglieder des Rates aber auch die Bürgerinnen und Bürger bei aktuellen Planungen & Entwicklungen in den genannten Bereichen keine unmittelbaren Einspruchsmöglichkeiten mehr. Als Beispiel sei hier die Errichtung des zentralen Forstbetriebshofs im Landschaftsschutzgebiet Deerth genannt. Dieses Millionending wurde kürzlich - ganz ohne weitere Ratsbeteiligung - beschlossene Sache. Die Umsetzung soll dieses Jahr gegen den Willen vieler Anwohner realisiert werden.

Frage: Ist es nicht an der Zeit, diesen Betrauungsakt wieder aufzuheben, um zumindest den Bürgerinnen und Bürgern ihre originären Beteiligungsmöglichkeiten wieder einzuräumen? Soll es denn so bleiben, dass betroffene Bürger immer erst den Petitionsausschuss des Landtags anrufen müssen, um noch Gehör zu finden? Das kann doch auch nicht ihr Verständnis von Bürgerbeteiligung sein!

Das war es auch schon. Mit Blick auf mein Eingangszitat von Karl Valentin hoffe ich, dass für Sie etwas Neues dabei war. Falls es so war, freue ich, denn Karl Valentin sagte auch: *„Wo alles dasselbe denken, wird nicht viel gedacht.“*

In diesem Sinne, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede BSW RAT 21.05.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wir möchten uns ganz herzlich bei der Stadtverwaltung, dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer bedanken, aber auch bei allen Mitwirkenden, die es jetzt letztendlich dazu gebracht haben, dass wir den Haushalt so jetzt hier verabschieden können.

Als BSW-Ratsgruppe könnten wir es uns leicht machen und einfach dagegen stimmen. Es gibt bestimmt genug Gründe, die man auch in der Vergangenheit suchen könnte. Ich würde Sie jetzt verschonen wollen mit einem Blick meiner Person zurück auf den Hagener Haushalt, sondern wir sprechen über das jetzt und hier. Da haben wir uns die Frage gestellt, wäre es gerecht und vernünftig diesen Haushalt einfach nur so abzulehnen? Nach Sitzungen, Klausurtagungen- da nochmal meinen Dank an den Kämmerer Herr Maßmann, der das wundervoll und gut erklärt und auch kritische Diskussionen innerhalb der Klausurtagung zugelassen hat und letztendlich auch der Besuch unseres Oberbürgermeisters bei unserer Ratsgruppensitzung- sind wir ganz klar zu der Meinung gekommen: Nein, es wäre nicht gerecht und vernünftig einfach nein zu sagen. Meine Vorredner haben das schon alles benannt und mit Blick auf die Uhr muss ich jetzt nicht alle sozialen Kürzungen benennen, die wir hier rausgenommen haben. Und der ganz wichtige Punkt ist, wenn man nein sagt, dann wird man auch befragt „Ja wie wollt ihr es denn sonst machen?“. Eins kann ich Ihnen verraten: Auch wir haben keinen Goldesel in der Ecke sitzen, der die Finanzen hier für uns regeln könnte.

Die Probleme, die wir haben, sind hier in Hagen ganz klar. Verursacher sitzen aber nicht hier, die sitzen in Brüssel, Berlin und in Düsseldorf. Das sind doch die großen Probleme, die wir hier zusammen zu bewältigen haben. Erfreut bin ich, dass der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung somit, diesen Weg erkannt hat und auch dahin geht, wo die Verursacher tatsächlich sitzen und dort Lobbyarbeit für unsere Kommunen, hier in diesem Beispiel für Hagen, zu machen. Der Oberbürgermeister geht den Weg, die Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Und diesen Weg unterstützen wir eindringlich und stimmen deswegen dem Haushalt zu.

Aber auch alle Abgeordneten müssen diesen Weg mitgehen. Und es muss endlich Schluss sein mit diesem parteitaktischen Geplänkel um unsere Kommunalfinanzen. Dort müssen sie es auch wie in Hagen schaffen, dass die jeweiligen Abgeordneten in ihren Parlamenten sich für die Kommunen einsetzen, für unser Hagen und für die Städte. Weil eines ist klar und da bin auch deutlich, die Kommunen und die Kommunalfinanzen sind aus meiner, aus unserer Sicht des BSW, systemrelevant. Und daran müssen wir arbeiten, alle zusammen.

Dankeschön!